

Schülerprotest 1969

"Keine 30 Sekunden dauerte der Spuk, und dann lief die Parade wie am Schnürchen ab, begleitet von einer freudig begeisterten Menge"



Eine Woche bevor Jimi Hendrix in der Silvesternacht 1969 im New Yorker Fillmore East die auf dem Album "Band of Gypsies" veröffentlichte Version von "Machine Gun" präsentierte, fand in Celle am 24. Dezember die erste Demonstration gegen den Vietnam-Krieg statt. Es war eine kleine Demonstration, vorwiegend von Schülerinnen und Schülern, über die in der "Celleschen Zeitung" nicht

berichtet wurde (allerdings in der "Celler Presse", dem Lokalteil der Hannoverschen Presse vom 27./28.12.1969). Auch in der Provinz vollzog sich erkennbar in den Jahren 1968 und 1969 ein Wandel im politischen Bewusstsein, zunächst mal unter Jugendlichen.

"Die Entwicklung des politischen Bewußtseins von Oberschülern vor, während und nach der Zeit der Studentenunruhen der Jahre 1967-1969. Eine Untersuchung an Hand von Schülerzeitungen" ist der Titel einer Jahrgangsarbeit von Hendrik Auhagen, Abiturient am HBG, aus dem Jahr 1972. Auhagen hat Schülerzeitungen Celler Gymnasien aus den Jahren 1962 bis 1971 daraufhin ausgewertet, welche Wandlungen im politischen Bewusstsein stattgefunden haben und worauf diese Veränderungen zurückzuführen sind.

Der Autor konstatiert einen "tiefgreifenden Meinungswandel" (Auhagen 1972, 29), der sich zwischen 1965 und 1971 vollzieht. In einer "voroppositionellen Phase" bis 1966 steht z.B. die "deutsche Frage" noch im Mittelpunkt des politischen Interesses, wobei das "Feindbild im Osten" zu einer "heftigen Abgrenzung gegenüber allem [geführt habe], was im Verdacht stand, mit dem Kommunismus in Verbindung zu stehen." (Auhagen 1972, 29) Die zweite Phase einer "staatsbürgerlich-kritischen Opposition" setzt Auhagen für die Jahre 1966-1968 an. Bezüglich des Verhältnisses von BRD und DDR finden sich z.B. offene Plädoyers für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Dieser Bewusstseinswandel findet 1968 auch einen Ausdruck darin, dass ein Großteil der Abiturienten des Ernestinum die Annahme der so genannten "Albertusnadel" verweigert, die in Fortsetzung einer ostpreußischen Tradition von ehemaligen Schülern des Gymnasiums von Marienwerder verteilt wurden.

**Machine gun
Tearin' my body all apart
Evil man make me kill you
Evil man make you kill me
Even though we're only families apart.
Well, I pick up my axe and fight like a farmer,
You know what I mean?
Hey, and your bullets keep knockin' me down**

(Auhagen 1972, 12-13) Die Kritik sei in dieser Phase "systemimmanent, will nicht revolutionieren sondern reformieren". (Auhagen 1972, 24)

Der Vietnam-Krieg wird erstmals 1966 in einer Schülerzeitung behandelt, wobei sich der Autor des Artikels noch uneingeschränkt auf die Seite der USA stellt. Ein Meinungsumschwung erfolgt in den Jahren 1968/69; ab 1970 wird der US-Imperialismus einhellig abgelehnt und teilweise die US-Regierung mit dem NS-Regime gleichgesetzt. Die Bewunderung und Unterstützung der USA hat sich innerhalb von fünf Jahren in ihr Gegenteil verändert. Die dritte Phase seiner Untersuchung fasst Auhagen dann auch unter der Überschrift "prinzipielle Opposition" zusammen.

Zwei Protestereignisse der Jahre 1968 und 1969 stehen exemplarisch für den von Auhagen beschriebenen Wandel.

Am 20. Mai 1968 fand in Celle eine Demonstration mit über 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt; eine Zahl, die nach 1945 sonst nur bei Demonstrationen zum 1. Mai erreicht wurde. Anlass war eine in Celle angesetzte Staatssekretärskonferenz der Kulturministerien, das Thema der Demonstranten die "Schulmisere". Die Forderung war im Kern "Mehr Geld für Bildung". Auhagen beschreibt eine zweite Ebene dieser Demonstration:

"Für die Entwicklung des politischen Bewusstseins war hier sicherlich wichtiger als diese Forderung, dass sich viele der beteiligten Schüler nun der demonstrierenden Protestbewegung der Studenten zumindest verbunden fühlten, deren inzwischen grundsätzlich revolutionäre Haltung sie zumindest zu diesem Zeitpunkt noch nicht kannten geschweige denn teilten. Dieser Identifikationsprozeß wurde noch durch die Reaktion vieler Passanten auf die Demonstration verstärkt. Mit dem Ruf nach dem Arbeitslager wurden viele Schüler in eine Reihe mit den Revolution fordernden Studenten West-Berlins gestellt, obwohl sie artig mehr Geld

für ihre Lehrer verlangten. Derartige Erfahrungen machten einige Schüler aufnahmebereiter für die Gedanken der radikalsozialistischen Studentenopposition." (Auhagen 1972, 25)

"Einige Schüler" schreibt Auhagen. Es handelte sich in der Tat um Minderheiten, die aber in dem sich herausbildenden jugend- und subkulturellen Milieu der Provinz eine Avantgarde-Position hatten.

Für den Protest in der Celler Provinz ist eine direkte Aktion aus dem Jahr 1969 von Bedeutung. Am 17. April wollte sich das seit Februar in Scheuen stationierte Panzerbataillon 34 der Bevölkerung vorstellen. 60 gepanzerte Fahrzeuge rollten dabei durch die noch nicht durch die Fußgängerzone "befriedete" Innenstadt. Doch die Militärs ernteten nicht nur Beifall. Linkserichtete Schülerkreise hatten bereits im Vorfeld zwei Flugblätter verteilt ("Panzer rollen durch die Stadt" und "Celle - romantische Residenz in der Heide").

Als die Panzer vom Großen Plan kommend in die Poststraße rollten, besetzte eine Gruppe von Schülern mit einem "Sit-In" die Straße und zwang so die Parade zu einem kurzen ungewollten Halt. Sie wurden von aufgebracht Zusehern auseinandergetrieben.

Ein Teil der Schüler sammelte sich dann an der Ecke Poststraße/Stechbahn. Als die Panzer hier zwischen an beiden Fahrbahnseiten dichtgedrängt stehende Zuschauer hindurchfahren, legte ein Schüler eine mitgebrachte Uniformjacke auf den Boden, beschüttete sie mit Haushaltsbenzin und zündete sie an. Die Zuschauer wichen etwas zurück und der Schüler beförderte die brennende Jacke auf einen der Panzer, wo sie sich in den Ketten des Fahrzeugs verfang. Ein Bundeswehroffizier zog die Jacke aus der laufenden Kette heraus und trat die restlichen Flammen aus.

Die "Cellesche Zeitung" berichtete mit einer gewissen Häme:



"Ein Höflichkeitsbesuch und eine militärische Demonstration sollte diese Marschparade sein, und die Celler Bevölkerung hatte dies richtig verstanden. Sie hatte ihre Freude an dem vorzüglichen Eindruck, den der Verband hinterließ. Daran ändern auch nichts die unausgegorenen Störversuche einiger weniger, die im übrigen durch Celler Bürger, sagen wir es ruhig, durch Celler Arbeiter- und Handwerkerfäuste energisch und schnell zurückgewiesen wurden, ohne daß die Polizei eingreifen brauchte. Keine 30 Sekunden dauerte der Spuk, und dann lief die Parade wie am Schnürchen ab, begleitet von einer freudig begeisterten Menge." (CZ, 18.04.1969)

Die "Celler Presse / HP" meinte hierbei Rufe nach dem "Arbeitshaus" gehört zu haben und kritisierte heftiger als die CZ die Aktion mit der brennenden Jacke: "Unserer Meinung nach war das eine zumindest sehr üble, zum kriminellen tendierende Meinungsäußerung." (HP, 18.04.1969) Aus ihrem Bericht lässt sich die Stimmungslage ganz gut nachvollziehen:

"Nach der nahezu minutiös abgelaufenen Parade waren am Abend Abordnungen der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten in den großen Sitzungssaal des Rathauses geladen worden. Dort sagte Oberbürgermeister Dr. Blanke während einer kurzen Begrüßungsansprache unter anderem: 'Die jungen Celler Bürger haben ihr Recht zur Meinungsäußerung wahrgenommen und mit Transparenten gesagt, daß sie keine Panzer in Celle wollen. Ich meine es ist besser, deutsche Panzer fahren durch die Straßen als russische Panzer. Dieser Anblick ist beruhigend für die Bevölkerung.'" (HP, 18.04.1969)

Die Protestierenden waren jedoch nicht gänzlich isoliert, wie einige in der CZ veröffentlichte Leserbriefe deutlich machen. Am Tag der Parade hinterfragte Hanspeter Kobbe, Vorstandsmitglied der Europa-Partei, den Sinn des Unternehmens, wobei er u.a. darauf verwies, dass das Ordnungsamt ursprünglich eine negative Stellungnahme abgegeben habe und von der Verwaltungsspitze zurückgepfiffen worden sei. (CZ, 17.04.1969) Friedemann Frank kritisierte gemeinsam mit drei weiteren Unterzeichnern die Parade als "aufwendige Protz- und Kraftdemonstration" und fragte, ob damit "so etwas wie Wehrbegeisterung und nationales Selbstbewußtsein" geweckt werden solle: "Die glänzenden Augen und die gezückten Kameras der am Straßenrand stehenden Teilnehmer des letzten Krieges deuten mehr auf das Letztere. Und das halten wir für gefährlich. Emotionen im Zusammenhang mit der Bundeswehr sind gefährlich, und deshalb halten wir es für verantwortungslos, sie zu wecken." (CZ, 22.04.1969)

Mit einem Dringlichkeitsantrag wollte die seit September 1968 mit zwei Abgeordneten im Stadtrat vertretene NPD einen Ratsbeschluss herbeiführen, in dem u.a. festgestellt werden sollte: "Damit bei der Truppe

Panzerbataillon 34 wurde in Celle stürmisch begrüßt

Vorzüglicher Eindruck des Verbandes / Störversuche durch Zuschauer zurückgewiesen

kein falsches Bild entsteht, legt der Rat Wert auf die Feststellung, daß er sich von den üblen und zum Teil gefährlichen Versuchen einiger Jugendlicher, den geplanten Ablauf der Veranstaltung zu stören, ausdrücklich distanziert. Die Bevölkerung hatte sehr wohl erkannt, daß diese Parade nicht zum Zwecke der Demonstration militärischer Macht stattfand, sondern ausschließlich im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr gesehen werden muß." (CZ, 29.04.1969) Für die CDU/FDP-Mehrheitsfraktion erklärte daraufhin Senator Schmitz, dass keine Gründe für eine dringliche Befassung vorlägen. Damit entging man der "Peinlichkeit", einem NPD-Antrag zustimmen zu müssen. Dass man inhaltlich eher keinen Widerspruch hatte, zeigen die weiteren Ausführungen Schmitz: "Mit der demonstrierenden Gruppe, die sich aus diesem Anlaß glaubte vorstellen zu müssen, ist die Bevölkerung Celles selbst fertig geworden. Die Presse hat den Befürwortern und im noch größeren Maße den Ablehnern der Parade genügenden Spielraum gegeben, sich auch dort bemerkbar zu machen. Offiziere des Bataillons haben anlässlich des Empfangs am 17. April erklärt, daß sie die Selbsthilfe der Bevölkerung beeindruckt hätte." (CZ, 29.04.1969) Interessant an dieser Stellungnahme ist, wie eine so genannte "Selbsthilfe" - d.h. die Aushebelung des staatlichen Gewaltmonopols kein Problem bereitete, wenn es sich nur gegen die "Richtigen" richtete.

Wenige Tage nach den Protesten wusste die CZ zu berichten, dass die Polizei Strafanzeige gegen den jugendliche "Panzerbrecher" erstattet habe. (CZ, 22.04.1969)

Angeklagt wegen "versuchter Wehrmittelbeschädigung sowie Straßenverkehrsgefährdung", wurde schließlich der 19-jähriger Schüler Dirk M. im November wegen "gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr" zu zwei Wochen "Dauerarrest" verurteilt. (Urteil der 4. Strafkammer des Landgerichts Lüneburg vom 26.11.1969 - 2a KMs 21/69 - IV 20/69)

Die Anklageschrift ist auch deshalb interessant, weil sie den "Generationenkonflikt" jener Jahre aufscheinen lässt:

"So entzündete sich, als der Angeschuldigte etwa 17 Jahre alt war, zwischen ihm und seinem Vater ein heftiger, lang andauernder Streit über die Haartracht des Angeschuldigten. ... Ein weiterer wesentlicher Grund der Spannungen ist in der vom Vater nicht geteilten politischen Auffassung des Angeschuldigten zu suchen. Seit etwa 1 Jahr hat der Angeschuldigte Kontakt zu SDS-Kreisen. Aus Hannover hatte er einschlägiges Propagandamaterial mitgebracht, das seine Eltern gegen seinen Willen verbrannt hatten. ... Der Angeschuldigte ist Mitglied des 'Redaktionskollektivs' der USSB-Zeitung 'Vereinigt Euch'. Seine politische Haltung

bezeichnet der Angeschuldigte als die eines Anhängers des Kommunismus, wie er in China und Kuba verwirklicht worden ist." (Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Lüneburg bei dem Landgericht Lüneburg (2 a Js 465/69) vom 23.9.1969)

Die Verhandlung wurde mit einem hohen Aufwand geführt: Zwei Verhandlungstage, 16 Zeugen waren gehört worden, es gab einen Ortstermin und ein Sachverständigengutachten über die Frage der Wehrmittelbeschädigung. Bei ihrer Berichterstattung nannte die "Cellesche Zeitung" den vollen Namen des Angeklagten und veröffentlichte auch ein Foto. (CZ, 26.11. und 27.11.1969) Vom Angeklagte wurde das Bild eines "jugendlichen Wirrkopfes" gezeichnet, weil er vertrat: "Die Bundeswehr müsse weg, so meinte er, damit eine neutralisierte Bundesrepublik in Frieden weiter aufbauen könne. Außerdem sei die Bundeswehr in der Hand des Establishment 'ein Mittel zur Unterdrückung des Volkes', sowie der Panzeraufmarsch in Celle eine 'Notstandsübung' darstelle." (CZ, 26.11.1969) Aufwändig gestalteten sich die Ermittlungen wegen der so genannten Wehrmittelbeschädigung. Bei einem Ortstermin in Scheuen überzeugte man sich davon, "daß ein 'Leopard' infolge seiner Spezialkonstruktion überhaupt nicht durch brennende Lappen gefährdet oder beschädigt werden könne, denn der 'Leopard' sei gegen 'Molotow-Cocktails' jeder Art immun." (CZ, 27.11.1969) Deutsche Wertarbeit halt! So blieb eine Verurteilung wegen des "gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr" und - im Falle des Jugendstrafrechts besondere und eher ungewöhnliche Härte - die Zahlung der Hälfte der Kosten Gerichtskosten.

Schwer lässt sich heute nachvollziehen, wie "Sit-In" und die Auseinandersetzung um die "Jacken-Aktion" in der Schülerbewegung diskutiert wurden. Der Celler USSB als Zentrum der lokalen APO (Außerparlamentarischen Opposition) dürfte sich schon im Sommer in einem Zerfallsprozess befunden haben. In einer nach dem Prozess vom "Politischen Arbeitskreis Celle" herausgegebenen Publikation mit dem Titel "Diskussion" leitet ein Schreiberkollektiv "Tick, Trick und Track" unter der Überschrift "Einen Finger kann man brechen - fünf Finger sind eine Faust" seine Kritik so ein:

"Das M.-Urteil hat den Schlusstrich gesetzt unter eine Aktion, die für die Celler Schülerbewegung museumsreif geworden ist. Daß D. M. einmal antiautoritäre Politik betrieben hat, daran muß man sich mühsam erinnern, und der USSB, in dessen Hoch-Zeit diese Aktion fiel, ist auch schon lange tot. Die Zeiten, wo der USSB die Celler APO war und D. M. der USSB, sind vorbei. Heute sind die Celler Linken in einer Vielzahl von Gruppen organisiert, die unabhängig voneinander arbeiten, ihre politische Arbeit von der Basis her

bestimmen und sich bemühen, keine neuen Zentrierungen auf irgendwelche linken Autoritäten entstehen zu lassen."

Im "Fazit" kommen sie zu folgender Bewertung:

"Aufklärung ohne Aktion [ist] entfremdetes Bla-Bla und zwingt die Konsumenten in den verblödeten Objekt-Status der Schüler-Lehrer-Situation.

Aktion ohne Aufklärung ist unpolitischer blinder Aktionismus, verdummt und frustriert. **AKTION OHNE AUFKLÄRUNG IST SCHEISSE!**

In diesem Sinne hat M. [hier ist im Text der Nachname genannt] politische Scheiße gebaut. Genauer: es war halber Kram. Er hat unter hohem politischen Einsatz einen guten Anfang gesetzt, der genau das bewirkte, was geplant war: die Diskussion wirksam in Gang zu bringen. M. hat viel privates, psych[isch]es Konfliktpotential und persönlichen Mut in einen Aufhänger investiert, der sich gut hätte politisieren lassen. ... M. hat es leider nicht geschafft, seinen individuellen Protest und sein politisches Bewußtsein so zu vergesellschaften, daß sie als Funken auf seine Mitschüler überspringen konnten. Sein Generationskonflikt und seine politische Überzeugung sind - obwohl politischen Ursprungs - seine Privatsache geblieben, weil er die Öffentlichkeit, die er sich geschaffen hatte, nicht ausnutzte und inhaltlich mit Argumenten und Informationen ausfüllte.

Von vornherein ist seine politische Tätigkeit immer so angelegt gewesen, daß seine Mitschüler sich zwar mit seiner Person identifizierten nicht aber mit seinen Aktionen und Überzeugungen. Nur letzteres aber setzt Aktivitäten und Lernprozesse frei. Bloße Identifikation mit linken Idolen und Einzeltätern dagegen verhindert die Selbstbefreiung und verfestigt autoritäre Strukturen." (Diskussion - Herausgeber: Politischer Arbeitskreis Celle (PAC))

Bevor im übrigen dem Protagonisten der Panzerjackettaktion der Prozess gemacht wurde, sprach die Schulkonferenz des Gymnasium Ernestinum im Juni die "Androhung der Entlassung" aus. Vorgeworfen wurde ihm u.a. die verantwortliche Herausgabe der Zeitung des USSB (Unabhängigen Sozialistischen Schülerbundes) mit dem Titel "Vereinigt Euch":

"In verschiedenen Artikeln dieser Zeitung wird in entstellender, diffamierender und die Erziehungsabsicht der Schule untergrabender Weise über Unterrichts- und Schulveranstaltungen berichtet.

In der Nr. 1/69 ... ist anlässlich eines Berichtes über entsprechende Vorkommnisse gutgeheißen und indirekt empfohlen:

- a.) Schweigeprotest im Unterricht
- b.) gemeinsame Anfertigung und Vervielfältigung von Hausaufgaben (die Vervielfältigung übernimmt der ussb Celle)
- c.) Maßnahmen gegenüber Schülern, die - auf Schweigeprotest, gemeinsame Anfertigung von Hausaufgaben und dgl., hinzielende - Mehrheitsbeschlüsse der Klasse boykottieren.

Die Zeitung enthält überdies Revolutionsdrohung und pornographische Zeichnungen. ... M. hat sich damit

außerhalb der Schule in einer Weise bestätigt [sic!], die die Schule (lt. I,3 der Erziehungsmaßnahmen) zum Eingreifen berechtigt und verpflichtet, nämlich dann, wenn ein Schüler durch sein Verhalten außerhalb der Schule ihre Erziehungsabsichten ernstlich in Frage stellt, insbesondere Mitschüler gefährdet oder an ihren Fortschreiten im Unterricht hindert." (Schreiben des Direktors vom 25.6.1969)

Im Herbst drängte der Klassenlehrer auf einen Schulwechsel ("Wenn Dirk die Schule verlässt, führe ich die Klasse geschlossen zum Abitur"); der Rektor lehnte ab, die Entlassungsdrohung wurde nach Ablauf der vorgeschriebenen Sechs-Monatsfrist zurückgenommen. Im Juni 1970 wurde den Eltern dann aber mitgeteilt, dass Dirk M. nicht versetzt werden sollte. Dagegen legte der Vater Widerspruch ein. Die nach den Sommerferien tagende Klassenkonferenz bestätigte die Nicht-Versetzung. M.'s Vater beschwerte sich beim zuständigen Landesverwaltungsamt ein. In seinen Begründungen verwies er auf den aus seiner Sicht politischen Anteil der letztlich entscheidenden Zensur durch den Englischlehrer. Dieser hatte z.B. einem anderen bei dem Sit-In "identifizierten" Schüler daraufhin angedroht, seine Arbeit künftig "mit den schärfsten Maßstäben [zu] beurteilen". Das Landesverwaltungsamt hob am 21.9.1970 den Nicht-Versetzungsbeschluss auf und verfügte die Versetzung in die 13 Klasse, auch wenn alle Vorwürfe des Vaters als unbegründet zurückgewiesen wurden. Vor dem Hintergrund der Schärfe der Auseinandersetzung war nunmehr aber ein Schulwechsel unumgänglich - nur: Weder Hölty noch HBG erklärten sich zu einer Aufnahme bereit. M. machte das Abitur auf dem Nordsee-Gymnasium Langeoog.

Literatur:

Auhagen, Hendrik (1972): Die Entwicklung des politischen Bewußtseins von Oberschülern vor, während und nach der Zeit der Studentenunruhen der Jahre 1967-1969. Eine Untersuchung an Hand von Schülerzeitungen. [Jahresarbeit, Hermann-Billing-Gymnasium]. - Hendrik Auhagen war von 1983 bis 1987 für die Grünen im Bundestags; heute ist er u.a. bei Attac aktiv.

Cellesche Zeitung und Hannoversche Presse, verschiedene Ausgaben

Diskussion - Herausgeber: Politischer Arbeitskreis Celle (PAC)

